

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.076.150

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)691/J-NR/2020

Wien, am 26. März 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Hannes Amesbauer, BA, Kolleginnen und Kollegen haben am 31. Januar 2020 unter der Nr. **691/J-NR/2020** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Mobile Einheiten des Bundesverwaltungsgerichtes“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir von der Fachsektion vorgelegten Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- 1. *Wie viele anhängige Beschwerdeverfahren gab es im Jahr 2019 im Asylbereich?*
- 2. *Wie viele offene Beschwerdeverfahren gibt es aktuell?*

Zu Beginn des Geschäftsverteilungsjahres 2019/20 mit 1. Februar 2019 waren in der Zuweisungsgruppe Asyl- und Fremdenrecht beim Bundesverwaltungsgericht 34.218 Verfahren anhängig, zum Ende des Geschäftsverteilungsjahres waren noch 27.169 Verfahren anhängig, im Laufe des Jahres konnten 19.859 Verfahren abgeschlossen werden.

Zu den Fragen 3 bis 13:

- 3. Wurde die Umsetzung von *"mobilen Einheiten des Bundesverwaltungsgerichtes"* jemals durch Ihr Ressort geprüft?
- 4. Wenn ja, zu welchem Erkenntnis ist man dabei gelangt?
- 5. Gibt es aktuell eine derartige Prüfung?
- 6. Wenn ja, bis wann werden die Ergebnisse erwartet?
- 7. Wenn ja, können dazu bereits Zwischenergebnisse bekannt gegeben werden?
- 8. Ist eine derartige Prüfung, wie vom Innenminister für Inneres angekündigt, geplant?
- 9. Wenn ja, bis wann wird diese begonnen?
- 10. Wo und wie könnten mobile Einheiten aus Ihrer Sicht ihrer Arbeit nachgehen?
- 11. Wie hoch könnten die zu erwartenden Mehrkosten (zB Anfahrt usw.) eingeschätzt werden?
- 12. Wie könnte es bei *"mobilen Einheiten"* mit Sicherheitsvorkehrungen aussehen?
- 13. Könnten *"mobile Einheiten"* aus Ihrer Sicht die Asylverfahren in zweiter Instanz beschleunigen?

Nach meinem Informationsstand hat der Innenminister seinen Vorschlag am Folgetag dahin präzisiert, dass grenznahe Asylantragsverfahren erfolgen sollen. Eine Reorganisation des Bundesverwaltungsgerichtes im Sinne der Einrichtung mobiler Einheiten wurde im gegebenen Zusammenhang bislang nicht geprüft und ist auch aktuell nicht im Gange, sodass ich keine Angaben zu den Kosten oder Auswirkungen machen kann.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

